

KURZ NOTIERT

von Monika Schlicher

Die Autorin leitet die Stiftung Asienhaus und arbeitet zu Osttimor

■ Verschleppte Kinder mit ihren Familien wieder vereint

Mit Unterstützung von Nichtregierungsorganisationen in Indonesien und Osttimor fand die erste staatlich organisierte Familienzusammenführung in Osttimor statt. Osttimors *Wahrheitskommission* (CAVR) geht von mindestens 4.000 Kindern aus, die während der Besatzungszeit (1975–1999) nach Indonesien verschleppt wurden. 14 dieser Kinder, die heute zwischen 24 und 50 Jahre alt sind, konnten nun von ihren Familien willkommen

geheißten werden. Indonesiens *Nationale Menschenrechtskommission* (Komnas HAM) und in Osttimor das Amt der *Ombuds-person für Menschenrechte und Gerechtigkeit* (PDHJ) haben 2014 ein Team zur Suche nach den Kindern eingesetzt. Nachdem es zwischen den Regierungen von Timor-Leste und Indonesien bislang kaum Anstrengungen gibt, Empfehlungen der Wahrheitskommission umzusetzen, ist dies ein hoffnungsfrohes Zeichen. Die

beteiligten NGOs fordern die Regierungen beider Staaten auf, die Suche nach den verschleppten Kindern fortzusetzen. Die Übereinkunft zwischen Komnas HAM und PDHJ solle zudem um die Suche nach dem Verbleib der unzähligen Menschen, die Opfer von Verschwindenlassen wurden, erweitert werden.

Jakarta Post, 18.5.2015

Komnas HAM, AJAR, Kontras, IKOHI, ELSAM: Press Release: Bringing them

Home, 26.5.2015

■ Osttimors Entwicklungsweg nicht nachhaltig

Alljährlich richtet die Regierung das *Timor-Leste Development Partners Meeting* in Dili aus, das dem Austausch in der Entwicklungszusammenarbeit dient. Das Treffen im Juni 2015 stand unter dem Thema ›Consolidating Institutions Transitioning toward Resilience‹. Premierminister Rui de Araujo fasste die Fortschritte des jungen Landes zusammen und legte dann das Augenmerk auf die Herausforderungen: Eine große Anzahl der BürgerInnen lebe noch immer in Armut, die Ungleichheit zwischen Hauptstadt und Distrikten wachse, es fehle an Basisinfrastruktur sowie

am Zugang zu Gesundheitsversorgung und Bildung. Seine Regierung habe sich zur Aufgabe gesetzt, innerhalb der nächsten beiden Jahre Qualität und Zugang zu öffentlichen Dienstleistungen zu verbessern und Reformen in der Verwaltung durchzuführen. Mit Nachdruck betonte er die Notwendigkeit einer wirtschaftlichen Diversifizierung und die Schaffung von Arbeitsplätzen.

Hier setzt auch die Kritik von FONGTIL ein, dem nationalen NGO-Forum, das die Belange der osttimoresischen zivilgesellschaftlichen Organisationen vertritt: Osttimor sei das vom Öl und Gas

abhängigste Land der Welt, doch obgleich die Vorkommen nicht endlich sind, schenke die Regierung dem Nicht-Öl-Sektor, der stagniert, viel zu wenig Aufmerksamkeit. Stattdessen treibe sie extrem teure Megaprojekte voran. Die Anzahl der Arbeitsplätze in der Privatwirtschaft sei rückläufig. Die NGOs fordern dringend eine Abkehr von Osttimors bisherigem Entwicklungsweg und eine Orientierung hin auf den Ausbau einer produktiven Landwirtschaft und Kleinindustrie.

Timor-Leste Government 7.6.2015

FONGTIL: Civil Society Comment to the 2015 TLDPM, 6.6.2015

■ Willkürliche Verhaftungen und Zunahme von Übergriffen

Amnesty International rief im Mai 2015 zu einer Eilaktion auf. Dutzende Personen seien in Laga und Baguia, im Distrikt Baucau, willkürlich verhaftet und gefoltert worden. Polizei und Militär führen dort die gemeinsame Operation HANITA gegen den früheren Widerstandskämpfer Mauk Moruk und seine Anhänger des verbotenen *Konsellu Revolusaun Maubere* (*Revolutionärer Rat Maubere*) durch. Moruk zählt als

Widersacher von Xanana Gusmão und hat wiederholt den Rücktritt der Regierung und die Auflösung des Parlaments gefordert. Das Frühwarnsystem der lokalen NGO Belun zählte im April 2015 die höchste Anzahl von gewalttätigen Zusammenstößen seit der Einrichtung des Programms zu Anfang 2009. Besonders ins Gewicht fällt die gemeinsame Operation der Sicherheitskräfte HANITA. Hier kommt es zu Zusammenstößen

mit Gemeindemitgliedern wie auch bei der Festnahme von Verdächtigten. Gestiegen ist auch die Anzahl der Übergriffe von Polizeikräften auf Zivilisten generell. Zunehmend gewalttätig werden Konflikte um Landrechte ausgetragen, wozu auch Jugendbanden und Kampfsportgruppen herangezogen werden.

Amnesty International, ASA

57/1630/2015, 11.5.2015

Belun, Situation Review April 2015